

An den

Premierminister von Japan,
Herrn Shinzo ABE
2-3-1 Nagata-cho, Chiyoda-ku
Tokyo 100-0014
Japan

Berlin, 11. Mai 2016

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Premierminister,

Sie sprachen im September letzten Jahres vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen aus, bis heute jede Gelegenheit wahrgenommen zu haben, um zu appellieren, dass gerade das 21. Jahrhundert ein Zeitalter werden soll, in welchem den Frauen die Menschenrechte nicht mehr verwehrt werden.

Dafür ist es unabdingbar, dass Japan das „Trostrfrauen“-System als seine historische Tatsache anerkennt, sich bei den Opfern entschuldigt und sie für ihr Leiden entschädigt, sowie verspricht, ein ähnliches Vorgehen niemals zu wiederholen. Dies wünschen sich nicht nur die Opfer der sexuellen Sklaverei des japanischen Militärs, sondern auch die Opfer der sexuellen Gewalt in der ganzen Welt, die durch den öffentlichen Auftritt der „Trostrfrauen“ ermutigt wurden.

Am 28. Dezember 2015 vereinbarten die Außenminister Japans und Koreas die Lösung der sogenannten „Trostrfrauen“-Frage. Herr Premierminister, Sie wiederholten jedoch gleich hiernach Ihre alte Behauptung, dass es die Tatsache der Sexsklavinnen nicht gegeben habe, und dass die Regierung mit der Vereinbarung keinerlei Kriegsverbrechen anerkannt habe. Damit verletzen Sie die Opfer erneut, die bereits von der über ihren Kopf hinweg beschlossenen Vereinbarung enttäuscht und sehr verärgert waren.

Wir, das Deutsch-Japanische Friedensforum Berlin e.V., die Deutsche Ostasienmission (DOAM), die Japanische Fraueninitiative Berlin sowie der Korea Verband e.V., die sich seit Jahren für die Lösung der „Trostrfrauen“-Frage einsetzen, sehen in der Vereinbarung zwischen Südkorea und Japan viele Probleme, welche eine konstruktive Lösung der „Trostrfrauen“-Frage konterkarieren. Wir schildern im Folgenden unsere Auffassung zu der Vereinbarung und bitten Sie, dass Sie eine wirkliche Lösung dieser Frage anstreben.

Unsere Auffassung zu der Vereinbarung zwischen Südkorea und Japan

In der Vereinbarung führt Außenminister Kishida aus, unter der Beteiligung des japanischen Militärs seien die Frauen in ihrer Ehre und Würde verletzt worden und die japanische Regierung sei sich in diesem Gesichtspunkt schmerzlich ihrer Verantwortung bewusst. Nach der Vereinbarung hieß es jedoch aus Regierungskreisen, dass Japan keine rechtliche Verantwortung übernehmen wird. Historische Quellen belegen unlängst, dass das „Trostrfrauen“-System durch das japanische Militär und die verschiedenen Organe des

japanischen Staates organisiert, geplant, verwaltet und betrieben wurde. Die Frauen, darunter zahlreiche Minderjährigen, wurden durch Gewalt, Einschüchterung, falsche Versprechungen, Menschenhandel u.a. rekrutiert, ihrer Bewegungsfreiheit beraubt und gezwungen, Soldaten und Offiziere des japanischen Militärs sexuell zu bedienen. Das gesamte System war eine sexuelle Sklaverei, welches ein Verbrechen war, das gegen die damals gültigen nationalen und internationalen Gesetze verstieß. Für diese schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte der Frauen soll die japanische Regierung aufrecht Verantwortung tragen.

Herr Premierminister, die Welt erfuhr über Ihren Außenminister, dass Sie Ihre Entschuldigung und Reue für alle Frauen erneuern, die unermessliches Leid und schmerzvolle Erfahrungen erlebten und unheilbare physische und psychische Wunden erlitten. Anschließend hätten Sie sich bei der südkoreanischen Präsidentin Park Geun-hye in einem Telefongespräch entschuldigt. Im Zeitalter der Informationstechnologie ist es aber seltsam, dass kein Bild oder Ton veröffentlicht wurde, die dieses bezeugen würden. Vor allem aber haben Sie nicht gegenüber den betroffenen Frauen Ihre Entschuldigung ausgesprochen. Auf diese warten die Frauen über 20 Jahre vergebens.

Die japanische Regierung stellt einmalig Haushaltsmittel zur Verfügung, mit denen eine in Südkorea zu gründende Stiftung ausgestattet werden soll, um Projekte zur Heilung der Wunden der Opfer durchzuführen. Dass diese Finanzmittel keine Entschädigungsleistungen darstellen, machte Außenminister Kishida nach der Vereinbarung vor der japanischen Presse deutlich. Für die Frauen, die seit den 1990er Jahren eine offizielle Entschädigung durch den japanischen Staat fordern und deshalb die Auszahlung aus dem Asien-Frauen-Fond ablehnten, ist dieser vereinbarte Punkt nichts anderes als eine Zumutung, die unakzeptabel ist.

Wir vermissen in der Vereinbarung den Willen der japanischen Regierung, die Aufarbeitung dieses Teils der Geschichte in der japanischen Gesellschaft durch eine vollständige Wahrheitsfindung dieser Verbrechen, sowie Erziehungs- und Erinnerungsarbeiten voranzutreiben, welche im Kono-Statement von 1993 noch ansatzweise zu finden waren. Angesichts des Vorhabens, eine Stiftung nicht in Japan, sondern in Korea zu errichten, sowie der eindringlichen Aufforderung, die Friedensstatue in Seoul entfernen zu lassen, befürchten wir, dass sich Japan vollkommen dieser wichtigen Aufgabe entziehen wird und die Erinnerung an diesen Teil der Geschichte löschen will.

Ebenso fehlt uns das Bestreben der japanischen Regierung, den Opfern aus den anderen Ländern eine Wiedergutmachung zu leisten. Nach heutiger Kenntnis waren Frauen aus 13 Ländern von der sexuellen Sklaverei betroffen. Es ist deshalb unverständlich, dass Japan weitere Verhandlungen mit den anderen Staaten ablehnt, obwohl die taiwanische Regierung angekündigt hat, in dieser Frage mit Japan das Gespräch aufnehmen zu wollen. Auch die philippinischen „Trostrfrauen“ fordern von der japanischen Regierung, mit den Philippinen zu verhandeln.

Im Umgang mit der Problematik der „Trostrfrauen“ wollen Korea und Japan künftig keine gegenseitigen Beschuldigungen, Anklagen oder Kritik in der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der Vereinten Nationen zulassen. Wir sehen in diesem Punkt der Vereinbarung die Gefahr, dass konstruktive Aufarbeitungsprozesse beeinträchtigt werden. Der japanische Außenminister ließ am 28. 12. 2015 die Presse wissen, dass die koreanische Regierung unter Berücksichtigung der Vereinbarung ihre Beteiligung am Nominierungsvorhaben für die „Trostrfrauen“ bei dem UNESCO Welterbe zurückziehen werde. Gerade ein

solches Vorhaben soll unserem Erachten nach durch die beiden Länder gemeinsam angestrebt werden. Dass mit der Vereinbarung das Gegenteil erzielt wird, ist bedauerlich.

Die internationale Gemeinschaft ermahnt Japan ihrerseits seit Jahrzehnten, die gravierenden Missstände der japanischen Menschenrechtspolitik bezüglich der „Trostrfrauen“-Problematik zu beheben. Im März dieses Jahres bemängelte der UN-Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (CEDAW) in seinen abschließenden Beobachtungen hinsichtlich der Vereinbarung, dass die Opfer nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Im Anschluss an diese Kritik verurteilten der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Zeid Raad al Hussein, sowie andere Mitglieder der Menschenrechtsausschüsse, dass eine Vereinbarung ohne Rücksicht auf die Opfer keine Lösung sein kann.

Die japanische Regierung bekräftigt, dass mit der Vereinbarung das „Trostrfrauen“-Problem „endgültig und unwiderruflich“ beschlossen worden sei. Wir erlebten in Deutschland, wo die Gesellschaft lange Zeit brauchte, um sich mit ihrer eigenen Geschichte auseinanderzusetzen, dass es für eine Aufarbeitung der Geschichte kein Ende gibt. Wir denken, dass man ebenso keinen Schlussstrich unter die Geschichte der „Trostrfrauen“ ziehen kann.

Unsere Forderungen an die japanische Regierung

Japan soll die kritischen Ratschläge der internationalen Gemeinschaft ernsthaft berücksichtigen, die Vereinbarung vom 28.12.2015 annullieren und stattdessen einen Lösungsvorschlag vorlegen, in dem die Opfer im Mittelpunkt stehen und deshalb auch von ihnen akzeptiert werden kann.

Die japanische Regierung soll anerkennen:

1. dass die Militärbordelle Bestandteil des japanischen Militärs waren, die von ihm eingeführt, eingerichtet, verwaltet und kontrolliert wurden;
2. dass die Frauen gegen ihren Willen zu „Trostrfrauen“/sexuellen Sklavinnen geworden sind und sich in den Militärbordellen und ähnlichen Lokalisationen in einer Zwangslage befanden;
3. dass die Situationen der Frauen, in denen sie der sexuellen Gewalt des japanischen Militärs ausgesetzt waren, bei den Frauen der von Japan kolonisierten Länder, der besetzten Gebiete und bei den Japanerinnen nicht dieselben waren, und dass die physischen und psychologischen Schäden, die sie erlitten haben, enorm waren und ihr Leiden bis heute anhält;
4. dass das „Trostrfrauen“-System eine gravierende Verletzung der Menschenrechte darstellt, welche ein Verstoß gegen die damals gültigen nationalen und internationalen Gesetze waren.

Darüber hinaus fordern wir von der japanischen Regierung:

- sich offiziell und öffentlich für die begangenen Verbrechen bei den Opfern zu entschuldigen, ohne diese in der Zukunft zu revidieren;
- ihren Willen der Entschuldigung zu beweisen, indem sie die Opfer materiell entschädigt;
- alle Vorgänge des „Trostrfrauen“-Systems vollständig zu untersuchen. Für diesen Zweck sollen alle von der Regierung zurückgehaltenen Dokumente über diese Zeit zur Aufarbeitung freigegeben, weitere Dokumente im In- und Ausland ausfindig gemacht sowie Anhörungen von Überlebenden und verwandten Personen in Japan und auf

internationaler Ebene vorgenommen werden;

- folgende Maßnahmen zu ergreifen, um zu vermeiden, dass sexuelle Verbrechen wie das „Trostrfrauen“-System sich zukünftig wiederholen: historisches Wissen über die „Trostrfrauen“ in allen Geschichtsbüchern für Pflichtschulen aufzunehmen und in der schulischen Bildung sowie im allgemeinen der Bevölkerung zu vermitteln, der Opfer dieser Verbrechen öffentlich zu gedenken, die Leugnung, Verharmlosung und den Revisionismus dieses Verbrechens durch Inhaber von öffentlichen Ämtern zu verbieten, sowie ähnliche Behauptungen offiziell zu widerlegen.

Herr Premierminister, die Opfer des „Trostrfrauen“-Systems sind bereits im fortgeschrittenen Alter. Ihnen bleibt kaum mehr Zeit.

Wir bitten Sie daher, unsere Forderungen umgehend in Taten umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Deutsch-Japanisches Friedensforum e.V.

Deutsche Ostasienmission (DOAM), Pfarrer Hartmut Albruschat, Vorsitzender

Japanische Fraueninitiative Berlin

Korea Verband e.V.

Kontaktadresse: Hartmut Albruschat, Brandenburgische Str.17, 10707 Berlin

Mitunterzeichner:

Amnesty International Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden in Deutschland, Prof. Dr. Fernando Enns, stellv. Vorsitzender

Ban Ying Koordinations- und Beratungsstelle gegen Menschenhandel

Courage Kim Hak - soon - Aktionsbündnis zur Aussöhnung im Asien-Pazifik Raum

Deutsche Ostasienmission (DOAM) Ehrenvorsitzender, Pfarrer i.R. Paul Schneiss

Evangelische Mission in Solidarität, Gisela Köllner

HYDRA e.V. – Treffpunkt und Beratung für Prostituierte in Berlin

Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFFF) – Deutsche Sektion Women's International League for Peace and Freedom (WILPF), Irmgard Hofer, Vorsitzende der deutschen Sektion

Koreanische Frauengruppe in Deutschland

Koreanische Friedensgruppe in Deutschland

Korea-Arbeitskreis, Pfarrer Carsten Rostalsky

Solidarity of Korean People in Europe

Stiftung Asienhaus, Dr. Monika Schlicher, Geschäftsführerin

Synode der Evangelischen Mission in Solidarität (ehemaliges Mitglied), Kiyoko Schneiss

TERRE DES FEMMES - Menschenrechte für die Frau e.V., Christa Stolle, Bundesgeschäftsführerin